

AL Info 5 / 23

3 Der abtretende Gemeinderat Mischa Schiwow und die neue Gemeinderätin Karen Hug im Interview mit Redaktionsmitglied Andrea Leitner.

5 Die AL als Taktgeberin: ein Überblick über die Gesundheitspolitik der AL im Gemeinderat.

8 Mieter:innen wehren sich gemeinsam. Gastbeitrag vom Mietenplenum.

AZB
CH-8004 Zürich
Post CH AG

Reculer pour mieux sauter?

Nein, der 22. Oktober 2023 war definitiv kein erfreulicher Tag für die AL. Sie hat bei den Nationalratswahlen einen Einbruch erlitten.

Gegenüber 2019 verzeichnete sie bei den Wählerstimmen einen Rückschlag von fast 40 Prozent und fällt mit einem Wähleranteil von knapp unter 1% hinter die Zahlen von 2011 zurück. Damit setzte sich eine bereits in den Gemeinde- und Kantonsratswahlen feststellbare Entwicklung verstärkt fort.

Schwierige Ausgangslage

Nach den Sitzverlusten in den Gemeinde- und Kantonsratswahlen war die Ausgangslage der Nationalrats-Wahlkampagne für die AL denkbar anspruchsvoll. Dank unseren erfolgreichen Interventionen zur Verbesserung der Misere bei der Krankenkassen-Prämienverbilligung und der von uns lancierten Stadtzürcher Energiekostenzulage hatten wir zwar einige positive Präsenz in den Medien. In der Wahlkampagne selber fand die AL als Nicht-Nationalratspartei in den Medien dann praktisch nicht mehr statt.

Trend zu Grossparteien in Krisenzeiten

Kommt dazu, dass sich die Wähler:innen in Zeiten von Mehrfach-Krisen den regierenden Grossparteien zuwenden, welche die Kommunikation ihrer Kernbotschaften in eine wärmende

«Wir-sorgen-für-Dich» Hülle verpacken. Die SP versprach soziale Sicherheit, die SVP Schutz vor allem Fremden, die Mitte diffuse Sicherheit jenseits von Polarisierung. Mit dem Fokus auf einen Ausgleich bei den Energiekosten, auf zahlbare Wohnungen und eine ausreichende Prämienverbilligung nahm die Kampagne der AL diesen Faden zwar auf, konnte ihre Inhalte aber zu wenig sichtbar machen. Den Wähleranteil weiter reduziert hat vermutlich die Listenflut. Im Gegensatz zu den Gemeinderats- und Kantonsratswahlen warben eine Reihe von linksgrünen Unterlisten und alternativen Gruppierungen im gleichen Teich um Wähler:innen-Stimmen.

Verminderte Wahrnehmbarkeit

Die vom Wahlausschuss gewählte Kampagnen-Taktik «Mehr öffentliche Veranstaltungen - weitgehender Verzicht auf Verteilung und Streuverände von Flyern» war angesichts der ohnehin reduzierten Wahrnehmbarkeit der AL bei einer Nationalratswahl nicht zielführend. Die vorhandenen Wahrnehmungsdefizite konnte die AL auch auf social media nicht wettmachen.

Auch auf der Strasse waren wir nur in einigen Stadtkreisen - 7&8, 9 und 11 - einigermassen präsent. Es dürfte kein Zufall sein, dass die AL in diesen drei Wahlkreisen spürbar weniger Wähler:innen verloren hat als in den anderen.

Bei den Wähler:innenzahlen beträgt der Verlust gesamtstädtisch 38 Prozent, in den Kreisen 7+8, 9 und 11 waren es 24 – 27 Prozent und in den übrigen Kreisen 40 – 44 Prozent.

Wie weiter?

Es ist nicht die Art der AL, nach einer Niederlage liegen zu bleiben. Wir konzentrieren uns jetzt noch mehr auf unsere Stärken als Kollektiv und auf unsere Akteur:innen. Wir bauen auf unsere fundierte thematische Arbeit in den Parlamenten und die vielfältigen aktivistischen Engagements. Wir setzen auf die partizipative Weiterentwicklung unserer politischen Inhalte in Arbeitsgruppen und tragen diese über Aktionen in die Quartiere und den Kanton hinaus. Die Menschen sollen sehen, dass die AL nicht nur frech auftritt und regelmässig den eingespielten Politik-Gottesdienst stört, sondern konkret wirksame Lösungen erarbeitet und Freude daran hat, linke Positionen nachhaltig mitzugestalten.

Wenn es uns damit gelingt, die Mobilisierungsbasis der AL wieder zu verbreitern, dann war das schlechte Abschneiden in der Nationalratswahl 2023 ein Zurückschreiten, um mehr Anlauf für den nächsten, besseren Absprung zu holen.

**Christian Häberli,
Co-Wahlkampfleiter**

Termine

Dienstag, 9. Januar: AL-Neujahrs-apero im Helsinki ab 18.00 Uhr. Musik mit der Stelle Glitter Band, Essen bestehend aus Mezze und Co. und Politik mit reichlich AL. Ein guter Start ins neue Jahr.

Dienstag, 30. Januar: AL-Vollversammlung, Gemeinschaftsraum Hellmi-Siedlung, 19.00 Uhr.

Alle aktuellen AL-Termine sind jeweils online abrufbar auf unserer Homepage unter: www.al-zh.ch

Spenden

Unterstütze die Arbeit der AL mit einer kleinen Spende. Wir sind um jeden Beitrag dankbar.

Einfach mit Twint spenden!



Impressum

Alternative Liste (AL) Molkenstrasse 21, 8004 Zürich, www.al-zh.ch

Sekretariat Molkenstrasse 21, 8004 Zürich

sekretariat@al-zh.ch

Tel. 044 242 19 45 / 076 577 45 19

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck 1800 Ex.,

Oesch Reliefdruck AG

Layout Dafina Gash

Redaktion Dafina Gash, Lisa Letnansky, Andrea Leitner, Rosa Maino, Niklaus Scherr

AL-Info ist das offizielle Publikationsorgan der Alternativen Liste. Der Abonnementspreis von CHF 10 ist im Mitgliederbeitrag enthalten.

Energiekostenzulage

Die von der AL mit einem Postulat im April 2022 initiierte Energiekostenzulage hatte bei der Umsetzung einen holprigen Start.

Wegen der geänderten Publikationspraxis des Gemeinderats dauerte es ab dem Parlamentsbeschluss vom 24. Mai 2023 mehr als drei Monate, bis das Amt für Zusatzleistungen (AZL) die Antragsformulare an 59'000 Personen verschicken konnte, die Anspruch auf Prämienverbiligung haben. Bis Ende September blieben den Angeschriebenen damit gerade mal drei Wochen, um per Post oder online ihr Gesuch einzureichen.

An sich hatten Sozialvorsteher Raphael Golta und das AZL ein rundum überzeugendes Konzept für die Ausrichtung einer Energiezulage vorgelegt. Bei der Kommunikation hatten sie allerdings ein weniger glückliches Händchen. Ein umfangreiches Antragsformular mit zahlreichen Einzelpositionen zum Ausfüllen und mehreren Belegen zum Kopieren oder Einscannen machte die Antragstellung nicht gerade einfach.

AL engagiert sich für wirksame Umsetzung

Nach einer ersten Kritik der AL wurden beim Formular Anpassungen vorgenommen und die Belegpflicht relativiert. Anfang Oktober zeigte sich der Stadtrat auch bereit, ein AL-Postulat entgegenzunehmen, das Kulanz im Umgang mit verspätet oder unvollständig eingereichten Gesuchen verlangt. Mit einem halbseitigen Inserat im Tagblatt und einer Informationskampagne auf social media auf albanisch, englisch, französisch, italienisch, portugiesisch, serbisch und spanisch versuchte die AL zudem, möglichst viele Menschen für die Einreichung von Gesuchen zu motivieren und zu mobilisieren.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. So werden rund 1000 nach Ablauf der Frist eingereichte Gesuche berücksichtigt. Noch sind nicht alle Eingänge verarbeitet, aber aufgrund der bisherigen Ergebnisse rechnet das Amt für Zusatzleistungen mit Gesuchen von 45'000 Personen.

Niklaus Scherr, Redaktionsmitglied

Adieu Seki

Nach 2.5 Jahren verlasse ich die AL und beginne ein neues Kapitel. Deshalb möchte ich nun einige besonders gute Momente aus meiner Zeit bei der AL teilen.

Angefangen mit dem AL-Schweiz Apéro im September 2021, bei dem sich Mitglieder der AL Bern und der AL Zürich kennenlernten und austauschten. Weiter zum AL-leycat, das ich im Rahmen des feministischen Streiks dieses Frühjahr organisierte. Ein Postenlauf mit dem Velo zu verschiedenen Orten feministischer AL-Politik in Zürich wie dem vorgeschlagenen «Rosa-Luxemburg-Park». Schliesslich das Vernetzungstreffen für eine aktivistische Wohnpolitik diesen Sommer. Für dessen Vorbereitung ich eine breite Palette zivilgesellschaftlicher Akteur:innen zum Thema Wohnen kontaktierte, darunter AL-Mitglieder und zugewandte Orte sowie Externe.

Obwohl diese Veranstaltungen weder besonders gut besucht waren noch einen nachhaltigen Effekt erzielten, führe ich sie hier auf, weil mir in deren Vorbereitung von Seiten AL stets grosses Vertrauen geschenkt und freie Hand gelassen wurde. Das ist nicht selbstverständlich und dafür war ich stets dankbar.

Weitere Highlights waren Richis feuchtfröhliches Abschiedsfest im Muraltengut



Zoe Lehmann an der Wohndemo (Bild: Céline Trachsel)

und das letztjährige, sehr gelungene AL-Fest im Exil.

Am meisten vermisse ich die verständnisvolle, absolut unangestrenzte und überaus angenehme Zusammenarbeit mit meiner tollen Co-Sekretärin Dafina. Von dir durfte ich viel lernen, deine effiziente und pragmatische Arbeitsweise und deine gelassene Art werden mir fehlen.

Ich durfte bei der AL viel Neues lernen, ich habe mich wohl und wertgeschätzt gefühlt. Ich lernte tolle Menschen kennen, die meine Arbeit bereicherten. Dafür möchte ich euch allen danken!

Zoe Lehmann, alt-Politische Sekretärin

«Erfolge müssen gefeiert werden!»

Mischa Schiow trat diesen Oktober nach über sieben Jahren im Gemeinderat – eines davon als erster AL-Gemeinderatspräsident – zurück. Übergeben hat er an Karen Hug, die von ihm auch die Hochbau- und Stadtentwicklungskommission «geerbt» hat.

Karen und Mischa, ihr wohnt beide im Kreis 7, engagiert euch im Quartierverein Hirslanden, seid beide im Verein Hofbar und betreibt mit anderen einen monatlich stattfindenden Treffpunkt, der auch von AL-Menschen gerne besucht wird.

Mischa: Tatsächlich ist die AL-Hofbar ein Ort geworden, wo man sich austauscht. Es sind bis zu dreissig Leute, die kommen, einige davon sind Stammgäste, jetzt gibt es auch Jüngere, die auf solche Treffen stehen.

Karen: Viele Gäste sind aus der Politik, darum ist der Austausch auch meistens politisch.

Wie lange kennt ihr euch schon?

Karen: Die erste Textnachricht, die ich von dir, Mischa, erhalten habe, war 2019. Da warst du Gast in der Hofbar. Du schriebst mir nachts, du hättest vergessen zu bezahlen. Zechprellerei steht am Anfang unserer Beziehung!

Karen, wie bist du bei der AL gelandet?

Ich habe mich zunehmend über die Stadt und mein Quartier aufgeregt. Da hab ich mir gesagt: Mach was und sei Teil der Lösung. Als Mischa auf mich zugekommen ist und mich gefragt hat, ob ich für den Gemeinderat kandidieren möchte, habe ich zugesagt. Mich interessiert dieses «Reinspringen und Strampeln»!

Und wie geht's dir, Mischa, ohne?

Der Gemeinderat hat mich nicht süchtig gemacht. Man merkt schnell, es geht auch ohne einen. Ich habe immer noch Sitzungen, einfach andere. Ich stehe fast jedes Wochenende auf irgendeinem Platz und höre den Leuten zu. Damit bin ich immer noch nah an der Stadtpolitik dran.

Karen, was gefällt dir am Gemeinderat, was ist gewöhnungsbedürftig?

Ich habe mal Hochbauzeichnerin gelernt und merke jetzt, wie ich wieder bei Null anfangen muss. Das letzte Mal habe ich mich in der Lehre so gefühlt. Aber Päckchen schnüren, sich vernetzen, merken, was man wie beeinflussen kann – das finde ich cool. Interessant ist auch, wie die Verwaltung unter den gleichen Begriffen etwas ganz anderes als gewisse



Die AL-Truppe im Kreis 7&8

Politiker:innen versteht.

Wie bringst du alles unter einen Hut – deinen Job als Standortleiterin und Quartierentwicklerin in zwei Kantonen, das Vereinsengagement und jetzt den Gemeinderat?

Das bin ich am Herausfinden. ÖV-Fahren bringt Zeit zum Vorbereiten.

Wie verlief die Übergabe der Kommissionsgeschäfte zwischen euch beiden?

Mischa: Karen wollte die HBD/STEK-Kommission übernehmen. Und niemand in der Fraktion machte ihr die streitig. Ich habe ihr innerhalb von zwei Stunden die laufenden Geschäfte erklärt.

Karen: Man merkt schnell, dass man allein keine Chance hat. Und das ist super in der AL, dass es so viele gibt, die helfen können. Es ist mir klar, ich habe eine Holschuld. Jetzt muss ich noch herausfinden, bei wem ich welches Wissen abholen kann. Von AL-Seite her spüre ich da eine grosse Offenheit.

Schlusswort?

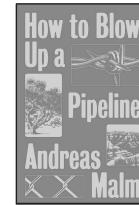
Karen: Ich möchte Mischa ein Kompliment machen. Sein ständiges Engagement im und ausserhalb unseres Quartiers zeigt, worum es wirklich geht. Davon können sich alle eine Scheibe abschneiden. Ein Mega-Vorbild für mich.

Mischa: Das geschieht aus Überzeugung, und dass es mir heute mehr Spass macht, ist auch dank Karen so. Ich fühle mich getragen, sogar wenn ich in einem bürgerlichen Quartier wie dem Züriberg allein auf einem Platz stehe. Ich weiss, im Hintergrund engagieren sich viele Leute fürs Gleiche. Wenn etwas funktioniert, dann hängt das mit den Menschen zusammen.

Karen: Und wir hatten ein paar schöne Erfolge im Quartier. Und Erfolge müssen gefeiert werden! Das macht Freude und gibt wieder Energie!

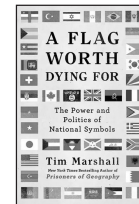
Interview Andrea Leitner, Redaktions- und Vorstandsmitglied

AL-Buchtipps:



Moritz Bögli empfiehlt:
Malm, Andreas,
How to Blow Up a Pipeline, 2021, Durnell Marston, ISBN: 978-1-83976-025-9.

Mehr Radikalität in der Klimabewegung. Das fordert der Schwedische Humanökologe Andreas Malm in seinem Buch «Wie man eine Pipeline in die Luft jagt». Einerseits werde die momentan herrschende Klasse kaum ausreichende Massnahmen gegen die Klimakrise ergreifen und andererseits habe der strategische Pazifismus der Klimabewegung historisch nie funktioniert. Malm argumentiert deshalb, dass es einen radikaleren Flügel braucht, der aktiv eine Vermögensvernichtung durch Sachbeschädigungen wie Pipelines begeht. Nur dadurch könne man einen signifikanten Wandel erzwingen. Malms historische Vergleiche zur Antiparteilichkeit, Bürgerrechts- oder Suffragettenbewegungen sind durchaus überzeugend. Trotzdem scheint er es sich manchmal doch zu einfach zu machen. Keine dieser Krisen hat den globalen Kapitalismus so systemisch bedroht, wie dies effektive Massnahmen gegen die Klimakrise tun würden. Aber am besten macht ihr euch selbst eine Meinung. Es lohnt sich.



Dafina Gash empfiehlt:
Marshall, Tim, **A Flag Worth Dying for, 2017, UK Books, ISBN: 978-1-78396-303-4.**

Stars and Stripes, Union Jack, Flags of Fear, Flags of Freedom oder Flags of Revolution. Tim Marshall, langjähriger Journalist, oft stationiert in Krisengebieten, schreibt über Flaggen, deren Geschichte und welche Bedeutung ihnen Menschen schenken. Er bietet einen historischen Einblick in die Flaggen verschiedener Nationen sowie internationaler Organisationen. Er erklärt Symboliken und Zusammenhänge. Welche Bedeutung Farben spielen, aber auch welche Skurilitäten es gibt. So gibt es fest geregelte Vorgaben, wie die US-Flagge gehisst, gefaltet oder behandelt werden darf. Am Körper getragen werden, darf sie übrigens nicht. Wie kann ein Stück Stoff Menschen mit so viel Stolz erfüllen, dass sie dafür sogar in den Krieg ziehen? Marshall gibt nicht wirklich eine Antwort darauf, aber spannende und witzige Einblicke zu Flaggen dieser Welt.

Mieter:innen unter Druck

Ungebremster Abriss von bezahlbarem Wohnraum - explodierende Preise bei Erstvermietungen – starke Zinserhöhung bei Bestandesmieten – Demontage des Mietrechts: Der Wohnungsmarkt ist ausser Rand und Band. Die Regierenden sehen immer noch keinen Handlungsbedarf.

Den Vogel abgeschossen hat die unschlagbare Carmen Walker Späh. Im September liess die Wohnbauministerin des Kantons Zürich ihre Wirtschaftsexperten verkünden, dass auf dem Wohnungsmarkt eigentlich alles im Lot sei, weil die Mieten in den letzten Jahrzehnten weniger stark erhöht worden seien als die Löhne. Handlungsbedarf gebe es nicht.

Placebos von Parmelin

Vom Weinbauern aus der Romandie, dem die Wohnpolitik des Bundes unterstellt ist, hört man erfreulicherweise etwas andere Töne. Parmelin gibt zu, dass Mieter:innen unter Druck sind. In seinem Medikamentenkasten hat er aber nur Placebos. Erst im Sommer 2024 - "numä nöd gschprängt" - startet eine Vernehmlassung, mit der die Aufwärtsbewegung der Mieten bei Referenzzinserhöhungen gebremst werden soll. Bisher wird die Teuerung zu 40% auf die Mieten überwälzt. Künftig sollen es nur noch 28% sein. Zudem sollen die jährlichen Kostensteigerungspauschalen für Unterhaltskosten abgeschafft werden. Der Zürcher Mieter:innenverband konnte sie bereits von hohen 1% auf 0.25% pro Jahr herunterdrücken. Nun sollen den Bonus nur noch jene Vermieter:innen erhalten, die die Kostensteigerung auch mit Franken und Rappen belegen können.

Beide Massnahmen zusammen wer-

den bei den zurzeit jährlich anstehenden Referenzzinssatzerhöhungen in einer 3000-Franken-Wohnung zu 11.10 Franken Entlastung führen – bei einem Aufschlag von total 120 Franken. Auch Kleinvieh macht Mist, findet Parmelin in der Sams-tagsrundschau, wo er die Bombe platzen lässt. Und verschweigt, dass der Immobilienlobby gleichzeitig eine saftige Erhöhung der Rendite zugestanden werden soll.

Mietrechts-Demontage auf Raten

Die Immolobby lässt bekanntlich nicht locker, wenn es darum geht, den bereits schwachen Mietschutz weiter zu demontieren. 2024 stimmen wir über zwei Mieterverbands-Referenden gegen Verschlechterungen des Mietrechts ab: gegen massive Einschränkungen beim Recht auf Untervermietung und die Schwächung des Kündigungsschutzes bei Eigenbedarfskündigungen. Diese Abstimmungen müssen wir gewinnen, sonst siehts düster aus. In der Pipeline warten nämlich bereits zwei weitere Abbauvorstösse der Immohaie, gegen die wir uns wehren müssen: Der eine will die Anfechtung der Anfangsmiete faktisch verunmöglichen, der andere die in laufenden Mietverhältnissen bisher kaum durchsetzbare Anpassung an die «quartierüblichen» Vergleichsmieten massiv erleichtern.

Austrasse: Stadtregierung ohne Strategie

In Zürich und anderen Städten steigen die Preise bei Erstvermietungen unvermindert an. Seit Ende Oktober vermarktet die Anlagestiftung der Zurich Versicherung ihre neuen Wohnungen auf dem ehemaligen Verwaltungssitz der Zurich an der Austrasse: 1.5 Zimmer für

2000 Franken, 5 Zimmer für 6400 Franken - ausschliesslich Wohnungen im höheren Preissegment. Der Clou: Dank der Bewilligung von Ausnützungserhöhungen konnte die Firma ihren Hauptsitz am Mythenquai erweitern und dadurch das Land an der Austrasse für ein hochprofitables Immobiliengeschäft freispielen. Wir sprechen von einer Wertsteigerung im dreistelligen Millionenbereich. Hat der Stadtrat im Sinn einer sozialen Wohnpolitik im Gegenzug einen Anteil an preisgünstigen Wohnungen eingefordert? Fehlanzeige! Er hat sich mit einem 8-Millionen-Zustupf an die Aufhübschung des Hafens Enge abspesen lassen.

Dennlerstrasse: Vielleicht bewegt sich was

An der Dennlerstrasse soll es besser herauskommen. Auf dem 19'067 Quadratmeter grossen Areal stehen 240 Wohnungen, die vor vierzig Jahren erstellt wurden. Die Aufzonungen der 1990er- und 2010er-Jahre erlauben der UBS-Pensionskasse als Eigentümerin, den Wohnungsbestand auf 550 Wohnungen aufzustocken, ihn also mehr als zu verdoppeln. Die gute Nachricht ist, dass hier die Hälfte des Betons – rund 40 Prozent der Wohnungen und die Tiefgaragen – nicht abgerissen wird. Und dass das Mammutprojekt in zwei Etappen realisiert wird und die Mieter:innen zwischendurch umziehen und langfristig bleiben können. Das klingt wie der Anfang eines Lernprozesses. Allerdings: Ob die UBS-PK die 2030 bzw. 2034 bezugsbereiten Wohnungen den bisherigen Mieter:innen zu einem moderaten Preis anbieten wird, steht weiterhin in den Sternen.

Wädi Angst, Vorstandsmitglied

Recht auf Wohnen

Am 2. Oktober hat Kantonsrätin Lisa Letnansky gemeinsam mit Grünen, SP und GLP eine parlamentarische Initiative eingereicht, die das Recht auf Wohnen in der Verfassung verankern will. Der angespannte Wohnungsmarkt und die ausufernde Immobilienspekulation belasten die Zürcher Bevölkerung in hohem Masse. Wohnen ist aber ein «Zwangsgut», wir können nicht nicht-wohnen. Eine angemessene Wohnung

ist die Voraussetzung für Sicherheit, Gesundheit, Privatsphäre und die zentrale Basis für ein würdevolles Leben. Die parlamentarische Initiative soll dafür sorgen, dass der Regierung eine verfassungsmässige Grundlage zur Verfügung steht, um der Bevölkerung ausreichend angemessenen Wohnraum, speziell auch in den Zentren und der Agglomeration zur Verfügung zu stellen.

Gesundheitspolitik mit der AL

Die AL wird oft als Partei wahrgenommen, die sich um Wohn-, Gebühren- und Steuerpolitik kümmert. Dabei geht vergessen, dass die AL auch im Bereich der Gesundheitspolitik äusserst aktiv und erfolgreich ist. Höchste Zeit, darauf mal hinzuweisen!

Beim Stichwort «Gesundheitspolitik» denken viele an KVG- und Krankenkassendiskussionen in Bundesbern. Gesundheitsversorgung lässt sich aber auch auf lokaler Ebene beeinflussen, wie die Arbeit der AL-Gemeinderatsfraktion der letzten sechs Jahre zeigt. In dieser Zeit hat sie 31 gesundheitspolitische Motionen und Postulate als Erst- oder Mitunterzeichnerin eingereicht. Dazu kommen 29 weitere Vorstösse. Wichtig: Von all diesen Vorstössen wurden nur vier abgelehnt und einige erhielten sogar Unterstützung von bürgerlichen Parteien, was die Konsensfähigkeit der Anliegen belegt.

Bessere medizinische und soziale Versorgung

Das Themenspektrum ist breit. Einen ersten Schwerpunkt bildet die Verbesserung der medizinischen, psychiatrischen und sozialen Versorgung. So hat sich die AL-Fraktion für eine hebammengeleitete Gebärabteilung im Stadtspital eingesetzt, für psychotherapeutische Angebote für Sexarbeiter:innen und im Bundesasylzentrum, für die Mitfinanzierung von Bewegungsangeboten für Armutsbetroffene.

Bessere Arbeitsbedingungen – Nein zur Ausgliederung

Ein weiterer Schwerpunkt gilt der Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals. Ein Meilenstein war die Überweisung unserer Motion für ein Pilotprojekt zur 35-Stunden-Woche für

städtische Angestellte im Schichtbetrieb. Eng verbunden damit ist unser Kampf für einen demokratisch kontrollierten service public. Die Fraktion hat sich hartnäckig den wiederholten Versuchen von GLP-Stadtrat Andreas Hauri widersetzt, das Stadtspital auszulagern und damit einer direkten öffentlichen Kontrolle zu entziehen.

Dank AL-Motionen: Konkrete Pilotprojekte

Besonders erfreulich ist, dass mehrere unserer Motionen bereits zu konkreten Projekten geführt haben. Im Mai 2021 bewilligte der Gemeinderat 4.6 Millionen Franken für ein dreijähriges Pilotprojekt zur Schaffung medizinischer Angebote für Sans Papiers, im November 2022 dann 2.4 Millionen Franken für das vierjährige Pilotprojekt für interkulturelle Dolmetscher:innen in den Stadtzürcher Gesundheitsinstitutionen. Im September 2023 nahm das Stadtparlament zustimmend vom vierjährigen Pilotprojekt zur Verbesserung der Information, Sensibilisierung und Versorgung hinsichtlich Demenz Kenntnis.

Aktuell: Kampf um «soziale Rezepte»

Derzeit kämpft die Fraktion um die versuchsweise Einführung «sozialer Rezepte», ein Meilenstein in der psychosozialen Versorgung! Um den Gesundungsprozess zu unterstützen, sollen – wie es etwa in Grossbritannien Usus ist - in Behandlungsteams auch Sozialarbeiter:innen mitwirken, wo sie Vernetzungsaufgaben für die und mit den Patient:innen wahrnehmen. Ärztinnen und Ärzte sollen entsprechend nicht nur Rezepte für Medikamente, sondern auch

«soziale Rezepte» ausstellen können.

Zu einer 2020 überwiesenen Motion der AL präsentierte Stadtrat Hauri vor einigen Monaten einen Umsetzungsvorschlag, den man nur als «Versuchsbetrieb mit angezogener Handbremse» bezeichnen kann. Darum musste die AL kürzlich das Heft erneut in die Hand nehmen. Der Rat stimmte zwar der Schaffung der vorgeschlagenen Stelle zu, verordnete jedoch auf Antrag der AL dem unwilligen GLP-Stadtrat Andreas Hauri eine Nachfrist von sechs Monaten, um seinen mickrigen Umsetzungsversuch nachzubessern. Die Stadtbewohner:innen wollen nämlich medizinisch ganzheitlich und finanziell effizient versorgt werden. Das Pilotprojekt muss daher seriös geplant und mit genügenden Mitteln ausgestattet werden.

Gesundheitspolitische Taktgeberin im Gemeinderat

All dies zeigt, dass die AL auch im Gesundheitsbereich ihren Prinzipien treu bleibt und sich in erster Linie mit innovativen Ideen für Menschen einsetzt, die auf der Schattenseite des Lebens stehen. So wundert es nicht, dass viele die AL-Fraktion als gesundheitspolitische Taktgeberin im Gemeinderat sehen.

All diese Erfolge wären nicht möglich ohne den unermüdlichen Einsatz unserer Parlamentsvertreter:innen und der AL-Gesundheitsgruppe, die immer wieder wertvolle Inputs gibt.

Hans Zaugg, AL-Gesundheitsgruppe

Gesundheitsgruppe

Du willst dich gesundheitspolitisch engagieren und unsere Politik mitgestalten? Trete jetzt der Gesundheitsgruppe bei. Sie trifft sich monatlich und diskutiert verschiedene Gesundheitsthemen auf lokaler, kantonaler, nationaler oder sogar internationaler Stufe.

Mehr zur Arbeit der Gesundheitsgruppe gibt es über diesen QR-Code und auf <https://al-zh.ch/gesundheit>.



Der rote Pass



Als ich zwölf Jahre alt war, wurden meine Familie und ich eingebürgert. Ziemlich genau nach der geltenden Zehnjahresfrist. Beim Gespräch mit den

mir unbekanntem Gemeinderäten wurde ich nicht viel gefragt. Was meine Hobbys seien und wie der Gymi-Vorbereitungskurs laufe. Die meisten Fragen beantwortete meine Mutter, die sich zur Vorbereitung der «Prüfung» zu einer Staatskundeexpertin entwickelt hatte. Sie beantwortete alles korrekt, der Gemeinderat befand uns für integriert und die roten Pässe waren gesichert. Merci Mami!

Nicht in allen Gemeinden läuft dieser Prozess gleich. Mancherorts entscheidet die Gemeindeversammlung und anderswo wird die Integration anhand der Kenntnisse über Dorfkneipen oder das Engagement in Lokalvereinen definiert. Dabei gehört der Dönerimbiss am Bahnhof doch genauso zur Schweiz wie die Stammbeiz «ums Eck». Und wenn die wenige Freizeit, die nach der Lohnarbeit noch bleibt, lieber nicht im Jassclub verbracht wird, dann kann dies doch kein Ausschlusskriterium für die Teilhabe an unserer Demokratie sein.

Diese Willkür will die Demokratie-Initiative beenden. Sie definiert eine abschliessende Liste von objektiven und messbaren Kriterien für das Bürgerrecht (Bürger:innenrecht, wann?): Eine Aufenthaltsdauer von fünf Jahren in der Schweiz. Keine Verurteilung zu längerfristigen Freiheitsstrafen. Keine Gefährdung der inneren und äusseren Sicherheit der Schweiz. Grundkenntnisse in einer Landessprache. Klingt ziemlich vernünftig, nicht?

An diese Kriterien sollen sich Kantone und Gemeinden halten und nicht mehr willkürlich eigene Voraussetzungen für die Einbürgerung festlegen. Der Gemeinde ein Stück weit ihre Autonomie zu entziehen, höre ich eigentlich nicht gerne. Schliesslich hat mich meine kritische Haltung gegenüber Autorität zur AL gebracht. Hier braucht es aber auf Bundesebene festgesetzte Regelungen, damit mehr Gerechtigkeit geschaffen werden kann. Es ist Zeit für mehr Demokratie!

Dafina Gash, AL Limmattal

Nein zur Anti-Demokratie-Initiative!

Am 3. März 2024 kommt eine kantonale Initiative vors Volk, die im Kern als Angriff auf unsere Grundrechte einzustufen ist.

Mit der sogenannten «Anti-Chaoten-Initiative» der Jungen SVP droht eine Einschränkung unserer verfassungsmässig garantierten Meinungsäusserungs- und Versammlungsfreiheit: Demo-Teilnehmende müssten bei einer Annahme der Initiative in Zukunft mit hohen Kosten und willkürlichen Kollektivstrafen rechnen. Es bestehen zwar grosse Fragezeichen bezüglich der Umsetzbarkeit der Initiative – weshalb der Kantonsrat auch einen Gegenvorschlag verabschiedet hat –, doch das macht sie nicht weniger gefährlich.

Kriminalisierung von Aktivismus

Die «Anti-Chaoten-Initiative» ist als allgemeine Anregung verfasst und möchte im Prinzip vier neue Regelungen erlassen: 1. Für Demonstrationen soll in Zukunft im gesamten Kanton eine Bewilligungspflicht herrschen. Das läuft dem Vorhaben der linken Stadt Zürich, eine Melde- statt eine Bewilligungspflicht einzuführen, selbstverständlich diametral entgegen. 2. Den Veranstalter:innen und Teilnehmer:innen von unbewilligten Demonstrationen sollen nicht nur die Kosten von Sachbeschädigungen auferlegt werden, sondern auch jene für die mit der Demonstration zusammenhängenden Polizeieinsätze. So drohen hohe Strafen für friedliche Demonstrant:innen, ganz zu schweigen davon, dass Veranstalter:innen von unbewilligten Demonstrationen nur sehr schwer auszumachen sein dürften. 3. Auch Personen, die bewilligte Demonstrationen stören, sollen in Zukunft für daraus entstehende Kosten und die Kosten allfälliger Polizeieinsätze zur Kasse gebeten werden. 4. Hausbesetzer:innen sollen die Kosten für Polizeieinsätze bei Räumungen tragen.

Im Prinzip stellt diese Initiative einen Versuch dar, Aktivismus zu kriminalisieren, denn ein solches Gesetz könnte zu einem sogenannten «Chilling effect»

führen: Die allgemeine Bevölkerung würde aufgrund der drohenden Kosten und Strafen von der Ausübung ihrer Grundrechte abgehalten.

Umsetzbarkeit ist fraglich

Es herrschen also grosse Zweifel, wie die Initiative umgesetzt werden könnte, ohne gegen übergeordnetes Recht zu verstossen. Bereits im geltenden Recht hat die Polizei die Möglichkeit, Polizeieinsätze zu verrechnen, sofern diese vorsätzlich ausgelöst werden. Sie macht dies aber zu Recht nur in relativ seltenen Fällen, gehört die Wahrung der Sicherheit auch während Demonstrationen doch zu ihrem Grundauftrag und sollte daher solidarisch über Steuereinnahmen finanziert werden. Der Regierungsrat hat darum einen abgeschwächten Gegenvorschlag formuliert, der die Verrechnung von Kosten für ausserordentliche Polizeieinsätze zwar auch vorsieht, aber unter Berücksichtigung des übergeordneten Rechts, insbesondere der Grundrechte. Ausser dass auch der Gegenvorschlag eine Bewilligungspflicht vorsieht, wäre er zwar gangbarer, aber er birgt ein anderes, weitreichendes Risiko: Eine tatsächliche kollektive Verrechnung der Kosten von Polizeieinsätzen wäre wohl auch weiterhin nur in seltenen Fällen möglich und die Kosten für den dafür notwendigen bürokratischen Aufwand, geschweige denn für die Gerichtskosten bei Einsprachen, wären wohl um ein x-faches höher. Und wie bei der Ausschaffungsinitiative der SVP wurde auch hier wieder ein Gesetz geschaffen, dessen reale Umsetzung weit entfernt wäre von den Vorstellungen der Initiant:innen. Die dann wieder ihr Lied singen von der den Volkswillen missachtenden Regierung und ihre demokratiefeindlichen Diskurse weiter beackern könnten. Deshalb: Nein zur Anti-Demokratie-Initiative der Jungen SVP und nein zum anbietenden Gegenvorschlag des Regierungsrats!

Lisa Letnansky, AL-Kantonsrätin



Waldbesetzung Rümlang: Kantonspolizei fordert Kosten für ihren Einsatz ein (Bild: P.S.)

Öffentliche Uferwege



Die Gewässer in der Schweiz sind öffentlich und damit müssen auch die Ufer für alle zugänglich sein. Daran gibt es nichts zu rütteln, die gesetzlichen und planerischen Grundlagen sind klar.

Festgehalten ist dies beispielsweise im Zivilgesetzbuch (Art. 664) und im Raumplanungsgesetz des Bundes (Art. 3). Das Zürcher Planungs- und Baugesetz (PBG) hält seit 1991 fest, dass See- und Flussufer freizuhalten sind und ihre Begehung zu erleichtern sei. Der Seeuferweg wurde deshalb in den kantonalen und regionalen Richtplänen behördenverbindlich eingetragen. Die Volksinitiative «Für öffentliche Uferwege» will dieses Prinzip nun in der Verfassung des Kantons Zürich festschreiben.

Warum ist es nötig, dieses Prinzip in der Kantonsverfassung festzuschreiben? Greifensee, Pfäffikersee, Türlensee und viele Ufer von weiteren Seen und Flüssen sind doch heute schon komplett öffentlich

zugänglich? Nötig ist es, weil es mit dem Bau des Seeuferwegs rund um den Zürichsee nicht vorwärts geht. Kanton, Gemeindebehörden und Privateigentümer:innen verhinderten in den vergangenen Jahrzehnten mit allen Mitteln den Bau des Seeuferwegs. An der Goldküste ist der Widerstand ausgeprägt und hartnäckig, an der Pfänseleküste hingegen ist ein beachtlicher Teil des Seeuferwegs verwirklicht. 95 Prozent des Seeufergebiets ist Konzessionsland, das von Privaten und der öffentlichen Hand im 19. Jahrhundert zur Landgewinnung aufgeschüttet wurde. In den Verträgen dieses Konzessionslandes sind Eigentumsbeschränkungen festgehalten, oft für den Bau eines Seeuferwegs. Das heisst: Die Grundeigentümer:innen müssen dem Kanton für den Bau des Seeuferwegs Hand bieten. Die AL-Kantonsratsfraktion unterstützt die Volksinitiative voll und ganz. Der besondere Schutz des Grundeigentums rund um den Zürichsee (Zürichsee-Bonus), wie er von den dortigen Besitzer:innen reklamiert wird, widerspricht dem öffentlichen Interesse.

Judith Stofer, AL-Kantonsrätin

Verschleissjobs im Gemeinderat



Städtische Angestellte, die in körperlich stark belastenden Jobs arbeiten, sollen ohne grosse finanzielle Verluste mit 60 in Rente gehen können. Das fordern Tanja Maag und ich im Postulat 2023/125.

Vorbild ist eine seit 20 Jahren geltende, sozialpartnerschaftlich getragene Regelung im Bauhauptgewerbe, die den Arbeiter:innen die Frühpensionierung bei voller Überbrückungsleistung erlaubt.

Verschleissjobs gibt es aber längst nicht nur auf dem Bau, auch in der Reinigung, in der Gastronomie, im Gartenbau, bei der Kehrriechtabfuhr oder in Pflegeberufen. Diese Aufzählung ist bei weitem nicht abschliessend, eine verbindliche Definition existiert nicht. Es würde der Stadt Zürich als fortschrittliche Arbeitgeberin gut anstehen, hier eine Vorreiterinnenrolle einzunehmen, die vielleicht – die Hoffnung stirbt zuletzt – auch private Firmen zur Nachahmung bewegt.

Das Postulat der AL ist noch nicht

überwiesen, weil die FDP den Ablehnungsantrag gestellt hat. Die Bürgerlichen wollen den Staat bekanntlich möglichst auf Sparflamme halten, plädieren für mehr Wirtschaftsfreiheit und weniger Staat. Ausser der gelobte freie Markt bringt Grossbanken ins Wanken. Oder, wie bei den Menschen, die sich in ihren Firmen kaputtgekrampft haben, die Sozialwerke zahlen die Zeche. Dann wird der Staat, die Allgemeinheit, zur Kasse gebeten, die Privatwirtschaft hält sich schadlos.

Das Vorbildmodell im Bauhauptgewerbe wurde hart erkämpft, die Baufirmen wehrten sich lange gegen eine solche Lösung. Heute beklagt sich aber niemand mehr über diese paritätisch geregelte und zu 80% von den Arbeitgeber:innen finanzierte Möglichkeit einer Frühpensionierung, also auch die bürgerlich dominierten Chefetagen nicht. Das Baugewerbe kann sich diese Wertschätzung gegenüber Menschen in Knochenjobs leisten und profitiert dabei von weniger Krankenschreibungen. Leisten kann sich das auch die Stadt Zürich und die allermeisten privaten Firmen.

Patrik Maillard, AL-Gemeinderat

Unbequem & links

4. September: Nach Hausarztketten-Pleite warnt Kantonsrätin Nicole Wyss vor Gefährdung der Grundversorgung durch unlauteres Wirtschaften und fragt Regierung nach Massnahmen.

4. September: Nicole Wyss protestiert in Fraktionserklärung gegen Ricklis Abbauprogramm: Ab 2024 sollen nur noch 26% der Versicherten Prämienverbilligung erhalten!

6. September: Neu werden die Wärmenetze von ewz, ERZ und Energie 360° unter dem Dach von ewz vereinigt – Umsetzung einer alten Forderung der AL.

13. September: Einstimmige Überweisung der AL-Motion, die verlangt, dass Stadtratsmitglieder ihre Verwaltungs- und Ämtli-Einkünfte vollständig an die Stadtkasse abliefern.

18. September: AL ermuntert die Bevölkerung in mehreren Sprachen, Antrag für die Energiekostenzulage zu stellen.

4. Oktober: AL-Gemeinderat und Ex-Gemeinderatspräsident Mischa Schiow bestreitet nach über 7 Jahren im Rat seine letzte Sitzung.

4. Oktober: AL fordert kantonalen Gewerbeverband auf, seine verheimlichte Wahlfinanzierung offenzulegen – mit Erfolg.

25. Oktober: Überweisung der AL-Motion: Stadtrat muss Weisung zur Änderung der Parkplatzverordnung vorlegen, die autoarme und autofreie Wohnformen zum Standard macht.

30. Oktober: Kantonsrätin Anne-Claude Hensch kritisiert die eigenmächtige Beschränkung der elektronischen Eigentümerabfrage im GIS durch die Notariate wegen angeblicher «technischer Probleme».

4. November: AL-Mitglieder gehen gemeinsam mit 5000 Menschen auf die Strasse und fordern mehr bezahlbaren Wohnraum.

8. November: AL-Fraktion kritisiert minimalistische Umsetzung ihrer Motion für «soziale Rezepte», der Gemeinderat verordnet GLP-Stadtrat Hauri 6 Monate Nachfrist zur Nachbesserung.

13. November: Manuel Sahli erinnert in einer gemeinsamen Fraktionserklärung von AL, Grüne und SP Mario Fehr an das Grundrecht auf Meinungsäusserungs- und Demonstrationsfreiheit.

Finanzen

Damit wir unbequem bleiben können, sind wir dankbar für jede Spende: Alternative Liste Zürich,

IBAN: CH53 0900 0000 8706 3811 5

Mein Ausweg – die paradoxe Hoffnung



Das Fürchterliche ist am 7. Oktober 2023 «eingetreten» und entfaltet seither seine Wirkungsmacht unheilvoll zerstörerisch, tödend, verlet-

zend. Ich sitze da, ohnmächtig und trauernd. Wir wissen es: An jenem Morgen drangen Hamas-Kämpfer, den Sicherheitszaun vor dem Gaza-Streifen überwindend, nach Israel ein und richteten dort ein Gemetzel unter den Menschen an. Offenbar hatten die israelischen Geheim- und Nachrichtendienste von den monatelangen minutiösen Vorbereitungen seitens von Hamas keine Ahnung.

Der unerwartete Überfall aus Gaza löste in der israelischen Bevölkerung zunächst einen Riesenschock aus, hernach Wut, schliesslich Trauer über die 1'200 getöteten, die vielen Verletzten und die über 240 nach Gaza verschleppten Menschen, die Geiseln. Das Ausmass der verbrecherischen Taten realisierte ich erst nach Tagen.

Die in Gaza berüchtigten Vergeltungsschläge, die Bombardierungen, begannen bald danach, getreu der in Israel verbreiteten Ansicht, dass «die Araber nur die harte Sprache der Gewalt» verstünden, und dauern bis heute an. Nicht genug: Am 28. Oktober begann die lange angekündigte Bodenoffensive der israelischen Armee. Fürchterlich ist das Drama für die palästinensische Zivilbevölkerung: Tod, Verletzungen an Leib und Seele, Zerstörungen. Schlimm die Situation auch in der Westbank. Rundum Angst.

Vor 25 Jahren habe ich die Situation beidseitig über Monate hinweg zu analysieren versucht und bin schliesslich zum Schluss gekommen, dass bezüglich der Interessen Israels und Palästinas sich einander unüberwindbare Widersprüche gegenüberstehen, die eine lebbare politische Kompromisslösung auch für Palästinenser:innen auf absehbare Zeit hin als unmöglich erscheinen lassen. All das erfüllt mich mit Trauer. Als Ausweg ergab sich für mich die «paradoxe Hoffnung». Konkret heisst das: Verständigung zwischen jüdischen und palästinensischen Menschen auf gelebter Augenhöhe, in der Schweiz, Israel und Palästina.

Jochi Weil-Goldstein, Brückenbauer

Mieter:innen wehren sich!

Zürcher Mieter:innen treffen sich im Mietenplenum, um gegen die Wohnkrise anzutreten. Hier unterstützen sich akut Betroffene und solidarische Einzelpersonen, indem sie Nachbarschaftsgruppen aufbauen, gemeinsame Aktionen organisieren, Öffentlichkeitsarbeit machen, Kontakte zu Fachpersonen vermitteln usw. Nur eines kann das Mietenplenum nicht: Wohnungen vermitteln.

Die Tür geht auf. Anna, 27, aus einer WG in Altstetten, begrüsst Peter, 54, dem im Heuried gekündigt wurde. Etwa zwanzig weitere Mieter:innen kommen dazu. Sie plaudern, bis um sieben das Treffen beginnt. Nach einer Vorstellungsrunde berichten zuerst die Quartiergruppen: Wie geht's mit dem Haus am Idaplatz weiter? Hat die Petition in Wollishofen schon Fahrt aufgenommen?

Auch neu Dazukommende erzählen von ihrer Situation. Es werden Erfahrungen geteilt und neue Wege überlegt, sich zu wehren und zu solidarisieren. Schliesslich werden übergreifende Themen behandelt (z.B. Medienanfragen, stadtweite Recherchen, die Unterstützung von Unterschriftensammlungen, der Aufbau einer eigenen Website,...).

Sofortlösungen und politische Grossprojekte

Es stellen sich immer wieder auch grundsätzliche Fragen nach politischen Lösungen. Für die Grossdemo vom 4. November 2023 hat das Mietenplenum einige Forderungen aufgestellt:

- Mieter:innen erhalten ein Recht zu bleiben nach Sanierungen, Umbauten oder Abriss-Neubau – und zwar zu bezahlbaren Mieten.
- Mieter:innen erhalten mehrsprachige rechtliche Informationen und kostenlose Gerichtsverfahren, um ihre Rechte durchzusetzen.

- Schluss mit 'Quartierüblichkeit': Mieten dürfen nicht mehr erhöht werden mit dem blossen Hinweis darauf, dass die Wohnungen nebenan «halt auch so viel kosten».

- Faire Rückverteilung: Die Steuern, welche aus Grundstückgewinnen und der Mehrwertabgabe eingenommen werden, müssen weitgehend für die Schaffung von gemeinnützigem Wohnraum eingesetzt werden.

- Gerechte Altersvorsorge stärken: Pensionskassen-Vermögen sollen vom Wohnungsmarkt entkoppelt werden.

- Bodenpreis- oder Mietpreisdckel: Als Notlösung gegen die Preisspirale wird eine Obergrenze für Bodenpreise und/oder Mietpreise festgesetzt.

Neben den Sofortforderungen braucht es auch längerfristige Visionen für eine andere Wohnpolitik. Darum haben sich Personen über das Mietenplenum etwa aktiv für die Lancierung der Petition «CS Immobilien enteignen und vergesellschaften» eingesetzt. Oder sie diskutieren, was wäre, wenn der Boden nicht mehr verkauft werden könnte, sondern der Allgemeinheit gehört. Utopisch? Nein: dringend nötig. Denn was wir sicher wissen: Wenn wir nichts probieren, wird sich nichts verändern.

Treffen in der ganzen Stadt

In den kommenden Monaten möchte das Mietenplenum Treffen in verschiedenen Stadtkreisen organisieren. Das erste am 12. Dezember im Kreis 12. Hilf mit oder lade das Mietenplenum zu Euch ein: Infos gibt es am zuverlässigsten auf Telegram (@mietenplenumZH), einen Mailkontakt findest Du auf www.mietenplenum.ch.

Gastbeitrag Mietenplenum



Das Mietenplenum an der Wohndemo (Bild: Mietenplenum)